

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 42

Köln, den 16. Oktober 1931

32. Jahrg.

Große Attacke.

Es wäre zuviel behauptet, wenn man sagen wollte, das Unternehmertum habe sich jemals mit dem Vorhandensein der Gewerkschaften abgefunden. Zwar hat vor mehr als 12 Jahren der Versuch einer Arbeitsgemeinschaft einige Hoffnungen erweckt, die leider nicht verwirklicht wurden. Die damalige Arbeitsgemeinschaft blieb Episode. Je mehr wir uns vom Kriege und den sich daran anschließenden Reformen — für die der Ausdruck Revolution zu überschwänglich wäre — entfernten, um so kühler gestaltete sich das Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern. Sehr bald schlug es in die frühere offene Feindschaft um, an der alle Versuche gemeinsamer Zusammenarbeit, die in der Folge wiederholt unternommen wurden, Schiffbruch litten.

Statt des Zusammenarbeitens wurde jede Gelegenheit, den Gewerkschaften eins auszuwichen, vom Unternehmertum peinlichst wahrgenommen. Mit wahrer Virtuosität wurde in heizerischer Weise der leider weitgehend gelungene Versuch gemacht, die öffentliche Meinung gegen die Gewerkschaften mobil zu machen. Man ließ sich die Sache etwas kosten. Einflußnahme auf die Tagespresse, Werkzeitungen, Flugblätter und Werkvereine sind so einige Mittel. Seitdem die Wirtschaftskrise sich bei uns bemerkbar machte, erfuhr die Kampfmethode gegen die Gewerkschaften und die Tonart eine weitere Verschärfung. Es geht nicht an, Einzelheiten aufzuführen. Jetzt ist es glücklich so weit, daß jedes wirtschaftliche Mißgeschick, jeder außen- oder innerpolitische Vorgang auf das Schuldkonto der Gewerkschaften geschrieben wird.

Wenn Blätter vom Schlage der „Bergwerkszeitung“ sich in überster Hehe ergehen, dann mag das hingenommen werden, weil deren Charakter hinlänglich bekannt und ihr Anspruch, ernstgenommen zu werden, längst dahin ist. Daß die ausgesprochene Arbeitgeberpresse, etwa die „Deutsche Arbeitszeitung“ und ähnliche, Gift und Galle gegen die Gewerkschaften speien, ist gerichtsnotorisch bekannt. Wenn aber selbst ernstzunehmende große Tagesblätter in denselben Jargon verfallen, dann mag man daran ermessen, bis zu welchem Grad die Verwirrung der Geister und des klaren Urteils bereits gediehen ist.

Daß wir von den Folgewirkungen der englischen Krise nicht verschont werden würden, dürfte jedem, der unsere Außenhandelsstatistik zu lesen versteht, bekannt sein. Daß man aber auch aus den Maßnahmen der Engländer für den Kampf gegen die Gewerkschaften bei uns willkommenes Material herholen kann, beweist die Kölnische Zeitung. Diese hat sich zwar vordem auch nicht in jedem Falle in Gewerkschaftsfragen unbedingter Objektivität befleißigt, blieb aber — wir gestehen es gern — zumeist wenigstens sachlich. In einem Leitartikel vom 24. September, der sich mit den Folgen der Maßnahmen Englands für uns befaßt, verläßt aber die Objektivität die Kölnische Zeitung so vollständig, daß darum nur noch ein großes Bedauern übrig bleibt. Gefordert wird dort, daß Deutschland das billigste Land werde und verlangt darum die Beseitigung des sogenannten „starrten Lohnprinzips“. Man zitiert Professor Cassel, den liberalen Wirtschaftstheoretiker und andere Größen zur Begründung dieser Ansicht und sagt an einer Stelle wörtlich:

„Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß in den Ländern, in denen sich sogenannte „gewerkschaftliche“ Prinzipien in der Nachkriegszeit in starkem Maß durchgesetzt haben — Bindungen des Lohns und der Arbeitsbedingungen, Fürsorge statt Selbsthilfegedanken — die Fähigkeit, eignes Kapital zu bilden, zusehends geschwunden ist. Die Folge war, daß das ausländische Leihkapital das Vertrauen in die Leistungen dieser Länder verlor und beim ersten äußern Anstoß flüchtete. Gewiß sind diese „gewerkschaftlichen“ Prinzipien nicht die alleinige Ursache des Rentabilitätschwundes, aber eine sehr wesentliche. Wie steht es in Australien, England, Deutschland, Österreich?“

Das nettsche Spiel wird im Leitartikel vom 4. Oktober fortgesetzt. Dort wird gefragt: Was steht noch fest in der Welt, wenn selbst die Bank von England zu wanken beginnt?, um gleich darauf zu antworten: „Fest steht das starre Lohnprinzip unserer Gewerkschaften!“

Es ist kaum anzunehmen, daß die Redaktion in welt- und wirtschaftspolitischen Fragen so völlig unerfahren ist. Man kann auch nicht glauben, daß ihr Verlautbarungen anderer, entgegengelegter Art total unbekannt geblieben sind. Soll man



A u f s t i e g t r o h d e m !

also glauben, daß diese Sätze entweder in böswilliger Absicht oder gegen besseres Wissen geschrieben sind? Denn wenn auch nur ein Fünkchen Objektivität unter der Asche liberalen Wirtschaftsdenkens glüht, müßte ihre Unhaltbarkeit erkannt worden sein. Man braucht nur an Amerika, an Holland, die Schweiz und andere nicht von „gewerkschaftlichen Prinzipien“ durchsetzte Länder und ihre Schwierigkeiten zu erinnern, und kann jeden Tag in denselben Blättern lesen, daß dort die gleichen oder doch ähnliche Schwierigkeiten bestehen wie bei uns. Und kein Wort von der katastrophalen Unfähigkeit der Wirtschaftsführung, von skandalös unverantwortlicher Kapitalverschleierung und Verwendung, die uns doch in jüngster Zeit noch die schönsten Skandale bescherte. Jedenfalls haben diese Dinge in weit größerem Ausmaße Leihkapital vertrieben, als gewerkschaftliche Prinzipien. Aber das braucht eine so angesehene Zeitung nicht zu wissen oder deckt den Mantel kapitalistischer Liebe darüber. Wenn's nur zum Kampfe gegen die dreimal verfluchten Gewerkschaften langt, die so unangenehm deutlich auf Schäden und Praktiken, die nicht alle das Licht der Öffentlichkeit vertragen, hinweisen und Rechte fordern für die breite Masse, die der Kapitalismus doch niemals zugestehen will.

Wenn dann die Kölnische Zeitung den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft zitiert und an jüngste Ausführungen des Reichskanzlers erinnert, dann sollte sie wissen, daß dieser Gedanke von uns immer bejaht wurde. Allerdings muß dazu gesagt werden, daß wir und die jetzigen Befürworter eine etwas unterschiedliche Auffassung über den Begriff Arbeitsgemeinschaft besitzen. Es kann nicht so sein, daß lediglich Lohnabbau und Kürzungen auf dem Gebiet des Arbeitsrechts und der Sozialversicherung Gegenstand einer Arbeitsgemeinschaft sind und letztere von dem Partner nur als Hagelversicherung für etwa befürchtete Unwetter betrachtet wird. Die Verwirklichung der Arbeitsgemeinschaft muß schon die Gleichberechtigung der Gewerkschaften in allen gewerbepolitischen Angelegenheiten zur Voraussetzung haben, wenn sie überhaupt ernstgenommen werden soll. Wie die Mahnungen des Kanzlers und der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft im Unternehmerlager gewertet wird, illustriert am besten das Verhalten der großen Unternehmerorganisationen.

Man bläst zur großen Attacke. Die Unternehmer glauben, daß das Trommelfeuer gegen die Gewerkschaften die öffentliche Meinung sturmreif gemacht habe und die Zeit gekommen sei für die Verwirklichung ihrer reaktionären Pläne. Man glaubt, daß die Regierung ihren Widerstand gegen die noch so maßlosen Forderungen der Unternehmer aufzugeben bereit sei, man spekuliert darauf, daß die breite Masse der Arbeitnehmer durch Not und Elend genügend zermüht sei und ohne besondere Gegenwehr sich mit schnell geschaffenen Tatsachen abfinde. Wie sich die „Wirtschaftsführer“ Reformen denken, beweist die kürzlich der Regierung überfandte Eingabe, die von den elf maßgeblichen Wirtschaftsverbänden unterzeichnet ist:

Einleitend wird festgestellt, daß ein Ausweg aus dem bittersten Zustand der deutschen Wirtschaft nur noch möglich erscheine, wenn die Reichsregierung in kraftvoller Entschlossenheit und in voller Unabhängigkeit von Interessen und Parteipolitik den Weg zu sofortigem Handeln finde. Die deutsche Politik müsse erkennen, daß es zwischen sozialistischen und kapitalistischen Wirtschaftsmethoden kein Kompromiß gebe. Sie müsse sich offen und rückhaltlos zu einem Weg, dem des individualistischen Wirtschaftssystems, bekennen. Die Wirtschaft müsse ihrerseits alles daran setzen, Handlungen im eignen Lager zu vermeiden, die im Widerspruch zum individualistischen Wirtschaftssystem stehen. Ebenso wie jeder neue Staatseingriff in die Wirtschaft grundsätzlich abgelehnt werden müsse, müsse auch jede Fehlleitung wirtschaftlicher Kräfte durch Subventionen unterbleiben. Darüber hinaus habe die Wirtschaft die Pflicht, alle Wege zu beschreiten, die eine Auflockerung des Preisniveaus herbeizuführen geeignet seien.

Damit stehe aber in unlösbarem Zusammenhang, daß die Regierung sofort und umfassend die wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Maßnahmen durchführe, ohne die die notwendige Kostensenkung und Kostenauflockerung unmöglich sei. In der Erklärung wird dann weiter die wirtschaftspolitische Entwicklung der Nachkriegszeit gekennzeichnet unter dem Einfluß des erheblich gestiegenen Finanzbedarfs des Reichs, der Länder und der Gemeinden, der in 1913 16,2 v. H. des Volkseinkommens ausgemacht habe und daran die Forderung geknüpft, an die Stelle kapitalzerstörender Eingriffe solche Maßnahmen zu setzen, welche die Kapitalbildung zu fördern geeignet seien, was gerade jetzt um

so notwendiger sei, als die Vorgänge in England neue schwere Auswirkungen für die deutsche Wirtschaft mit sich brächten. In der Erklärung wird ferner eine Reihe von Erfordernissen, die schnell und umfassend verwirklicht werden müßten, aufgestellt:

Ein weiterer umfangreicher Aufgaben- und Ausgabenabbau in der gesamten öffentlichen Hand, damit sich die Reparationsentlastung sofort in einer Senkung der die wirtschaftlichen Gesteuerungskosten besonders belastenden Steuern auswirken könne; eine Anpassung der Löhne und Gehälter an die gegebenen Wettbewerbsverhältnisse (Reform des Tarif- und Schlichtungswesens); Anpassung der weit überhöhten Belastungen an das wirtschaftlich Mögliche und durchgreifende Verwaltungsvereinfachungen auf allen Gebieten der Sozialversicherungen, einschließlich der Arbeitslosenversicherung; Senkung der Tarife der Reichsbahn, der Reichspost und der gemeindlichen Versorgungsbetriebe. Befreiung des deutschen Geldmarktes vom Druck der öffentlichen schwebenden Schulden durch eine unter Wahrung der Gläubigerrechte erfolgende Konsolidierung dieser Schulden; endgültige Beseitigung aller Reste der Zwangswirtschaft, insbesondere auch im Wohnungswesen. Zusammen mit der Erfüllung dieser Forderungen müssen alle zukünftigen Akte der Gesetzgebung und Schritte der Verwaltung aufgebaut sein auf dem Grundsatz der Sicherung des Privateigentums und der Rechtssicherheit. Die Erklärung schließt damit, daß die staatliche, wirtschaftliche und kulturelle Zukunft Deutschlands von folgenden beiden höchsten Grundsätzen abhängt: dem freiheitlichen Grundsatz der von den schöpferischen Kräften der Einzelpersonlichkeit des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers getragenen Privatwirtschaft und dem bindenden Grundsatz der nationalen Idee und der nationalen Verantwortung.

Man sieht: alle Register werden gezogen, bis zum Überdruß bekannte Forderungen wieder aufgenommen. Es spricht nichts, aber

Der Göze Kapital.

Wie das Geld, so ist jedenfalls auch das Kapital eine Konstruktion des wägenden und messenden Intellekts, ist aus einem Hilfsmittel der Gedanken zu einem Selbstzweck geworden, hat damit allmählich die Beziehung zur sinnlichen Welt verloren, wurde eine Fiktion und schließlich eine Zwangsvorstellung. Bezeichnend dafür ist, daß gerade heute das Wort „Kapital“ in aller Munde geführt wird, daß der Begriff des Kapitals in der Öffentlichkeit eine ausschlaggebende Rolle spielt — daß aber niemand mehr eigentlich sagen kann, was Kapital denn eigentlich sei. Jeder müht sich mit einer eigenen, anderen mühsamen Definition dieses Begriffes ab, doch man entfernt sich mit gefährlichen Verkämpfungen immer mehr von der Wirklichkeit. Man betet ein Idol, einen Gözen an, von dem man nicht mehr weiß, woher er kommt, welche Urkraft er darstellt.

Die Wissenschaft hat uns gelehrt, daß sich die Wirtschaft aus drei Faktoren ergebe: Natur, Arbeit und Kapital. Was Natur und Arbeit ist, das weiß jeder, ohne daß es erst mühsam definiert werden muß, aber beim Kapital beginnt die große Stockung. Die Gedanken machen die kühnsten Ausflüge in die Geisterwelt der Begriffe, verlassen vollends die Sinnenwelt, in der es doch nur zwei Dinge gibt: die Natur und den Menschen. Die Natur liefert uns Rohstoffe (im weitesten Sinne) und der Mensch sammelt sie, bearbeitet sie zu seinem Zwecke, denn er ist das Maß aller Dinge. Das Produkt hieraus, also alles, was der Mensch aus der Natur gesammelt und bearbeitet hat: das ist Kapital im weitesten Sinne. Der Kniff, das Wesen des Kapitalismus liegt nun darin, daß er aus diesem Produkt, aus Natur und Mensch (Rohstoffen und Arbeit) einen selbständigen Faktor der Wirtschaft gemacht hat, ohne den es eben nicht mehr geht. Und das ist in demselben Maße geschehen, wie sich die Maschine zwischen Erzeugung und Verbrauch von Waren geschoben hat, wie uns also die Ware nicht mehr unmittelbar aus Menschenhand, sondern mittelbar aus der Maschine geliefert wird. Deswegen konnte der Kapitalismus, eine Wirtschaftsauffassung, die das „Kapital“ als Idol erklärt, erst mit der Technik entstehen und sich entwickeln, erst von dem Zeitpunkt an, da die Maschine praktisch als Mittel zwischen Erzeugung und Verbrauch eingeschaltet werden kann, und deswegen klammert sich der heute sterbende Kapitalismus an die in der Abstraktion noch ausdenkbaren „raschen Fortschritte der Technik“ wie ein Ertrinkender an den Strohhalme.

(Aus: „Das Ende des Kapitalismus.“)

auch gar nichts aus dem ganzen Dokument für die These von der „schöpferischen Unternehmerpersönlichkeit“. Kein neuer Gedanke wird produziert, der zur Lösung der Krise dienlich wäre, trotzdem man außer dem Besitz doch auch die Bildung für sich in Anspruch nimmt. Das Gedankengut der Unternehmer und ihrer Beistände scheint eingefroren wie die öffentlichen Kredite.

Daß die Gewerkschaften die unerhört anmaßende Art, die aus dem inhaltlich skizzierten Dokument spricht, nicht unbeantwortet lassen, versteht sich am Rande.

Wenn jemals, so heißt es in der Erwiderung, dann haben insbesondere die Vorgänge der letzten Monate das Versagen weiter Wirtschaftskreise und die Notwendigkeit eines planvollen Eingreifens des Staates in die Wirtschaft bewiesen. Der Versuch, die ungeheure Wirtschaftsnot der Länder aus staatlichen Eingriffen und aus der deutschen Sozial- und Lohnpolitik zu erklären, ist völlig haltlos. In Wirklichkeit liegen die Ursachen der deutschen Wirtschaftsnot in den allgemeinen Auswirkungen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems in der Welt, den internationalen politischen Störungen und dem Mißtrauen unter den Völkern. Verschärft wurde sie durch überspannten Protektionismus, Subventionspolitik, Über-rationalisierung, Kapitalfehleitung und systematische Senkung der Kaufkraft. Seit 1½ Jahren werden als Ausweg aus der Krise die Senkung der Löhne und Gehälter sowie der Abbau der Sozialpolitik propagiert und betrieben. Das Ergebnis ist eine ungeheure Verschärfung der allgemeinen Not. Jeder Schritt weiter auf diesem Wege führt tiefer in das Elend hinein. Die krasse Interessenpolitik der Unternehmerverbände kann nicht zu gemeinsamer Entfaltung der Kräfte und zur Überwindung der Wirtschaftskrise führen. Niemals wird die deutsche Arbeitnehmerschaft ihre wichtigsten sozialen Rechte kampflos preisgeben. Deshalb verlangen die Gewerkschaften sowohl im Interesse der Arbeitnehmer als auch des Volksganzen die Abkehr von dem seither beschrittenen Wege und erheben erneut folgende vordringliche

Forderungen:

1. Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung aller Arbeitslosen.
2. Verkürzung der Arbeitszeit — insbesondere durch Einführung der 40-Stunden-Woche — zum Zwecke der Mehrbeschäftigung von Arbeitskräften.

3. Erhaltung und Steigerung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter, Sicherung des Tarifrechtes und des staatlichen Schlichtungswesens.

4. Senkung der Zölle mit dem Ziele der stärkeren Anpassung der deutschen Preise und Lebenshaltungskosten an das gesunkene Preisniveau des Weltmarktes; Druck auf überhöhte Handels- und Derarbeitsgespannen.

5. Auflockerung der monopolistischen Preisbindungen in allen Zweigen der Wirtschaft bei gleichzeitigem Ausbau der öffentlichen Kontrolle.

6. Öffentliche Bankenaufsicht mit dem Ziel der Verhütung von Fehlleitungen des Kapitals und Sicherung volkswirtschaftlicher Kapitalverwendung.

7. Rücksichtslose Kürzung der überhöhten Spitzengehälter und Pensionen in Wirtschaft und Verwaltung.

Die Durchführung dieser wirtschaftspolitischen Richtlinien muß verbunden sein mit der Abwehr aller die Währung bedrohenden Experimente, ferner mit zielbewußter Förderung der internationalen Verständigung, die gerichtet sein muß auf Konsolidierung der schwebenden Schulden Deutschlands, auf internationale Zusammenarbeit zur Sicherung gesunder Kapitalverteilung und auf dauernde Lösung der Frage der internationalen Kriegsschuldung und der Reparationen.

Um diese Forderungen geht jetzt der Kampf. Die Geduld der deutschen Arbeiter verträgt keine weiteren Belastungsproben und sie ist nicht gewillt, sich weiteren Experimenten auszusetzen. Die Rechnung der Unternehmer, die da auf die Preisgabe der Gewerkschaften durch die Arbeiter selbst spekuliert, ist falsch. Trotz aller Lockungen weiß der deutsche Arbeiter zu genau, daß er verraten und verkauft ist, wenn die Gewerkschaften zertrümmert werden. Aber Druck erzeugt Gegendruck. Die große Attacke der Unternehmer verpufft um so eher, je enger die Reihen der Organisierten sich schließen. Die beste Antwort auf Heße, Verleumdung und reaktionäre Pläne ist die Stärkung der eignen Reihen. Wohlan, stehe jeder seinen Mann in der Werbearbeit, die jetzt notwendig ist, denn je.

Brennende Gegenwartsfragen auf der Ausschußtagung des D. G. B.

Die Entwicklung der letzten Zeit hat bei der Arbeiterschaft berechtignte Bedenken und eine erhebliche Beunruhigung ausgelöst. Darum kommt der Jahrestagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die am 5. und 6. Oktober im Landtagsgebäude in Berlin stattfand, in dieser an Irrungen und Wirrungen so reichen Zeit besondere Bedeutung zu. Insbesondere auch deshalb, weil die im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten christlich-nationalen Berufsorganisationen einen erheblichen Teil der deutschen Arbeiterschaft darstellen. Der Geschäftsbericht, von Kollegen Eudenbach erstattet, wies im Hinblick auf die schwierigen Allgemeinverhältnisse und die uns im besondern belastenden Umstände im Jahre 1930 noch einen bemerkenswerten Mitgliederzuwachs von über 34 000 Mitgliedern nach.

Finanz- und Wirtschaftsfragen, Siedlungs-wesen und Fragen der Reichs- und Verwaltungs-reform standen auf der Tagesordnung der Ausschußtagung und boten Gelegenheit der Öffentlichkeit und der Regierung, die durch den Reichskanzler und den Reichsarbeitsminister vorübergehend vertreten war, die Auffassung und Forderungen der christlich-nationalen Arbeitnehmersbewegung vorzutragen.

Dr. Jahn, Geschäftsführer des D.G.B. sprach über das Thema:

Finanz- und Wirtschaftsfragen.

Er versuchte den bisherigen Notverordnungen, die man vor Erlaß derselben lediglich aus Gerüchten kenne und deren Begründung man nachher erraten müsse, gerecht zu werden. Wenn auch die Notverordnungen unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise mehr oder weniger fatalistisch hingenommen würden, so dürfe man sich über die durch dieselben verursachte Volksstimmung nicht täuschen. Wirtschaftlich sei eine Fortsetzung der Krise festzustellen, die zu einem ungeheuren Preissturz insbesondere der Grundstoffe und Agrarprodukte auf den Weltmärkten geführt und gewaltige Deflationsercheinungen

im Gefolge habe. Letztere hätten zur Zahlungsunfähigkeit zahlreicher Schuldnerländer geführt. Als wichtigste Folge der Deflation bezeichnete Redner die Schrumpfung der Kredite und die dadurch hervorgerufene ungeheuerliche Vertrauenskrise. Man könne von einer Zerstörung der Kreditwirtschaft überhaupt sprechen, die vorübergehend die Selbstversorgung der Länder, also Autarkie, erzwingen könne.

Zu den Tagesproblemen der Wirtschafts- und Finanzpolitik übergehend wurde die Lage der Etats von Ländern und Gemeinden und die Frage der Umschuldung behandelt. Von wesentlichem Einfluß auf das Finanzgebaren der öffentlichen Körperschaften werde die zu verfolgende Steuerpolitik sein. Im Rahmen dieser Frage spiele die Hauszinssteuer eine wesentliche Rolle, da man beabsichtigt, eine eventuelle Senkung der Hauszinssteuer durch eine Umsatzsteuererhöhung wettzumachen. Die große Wirtschaftspolitik werde von der Kreditkrise bestimmt, die im wesentlichen eine Vertrauenskrise sei. Zur Milderung dieser Vertrauenskrise habe man die bekannte Bankenaufsicht und eine Teilreform des Aktienrechtes sowie Stützungsaktionen gefährdeter Banken und Unternehmungen vorgenommen. Vor Bestrebungen, die auf eine Inflation hinzielen, sei nachdrücklich zu warnen. Dr. Jahn schloß sein Referat mit lohnpolitischen Ausführungen.

Klara Meineck berichtete über die

Sozialpolitik

und bezeichnete als die drückende Gegenwartsfrage die: wie das Heer der Arbeitslosen am Leben zu erhalten sei. Sie machte darauf aufmerksam, daß die neue Notverordnung auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung zum Teil härten aus früheren Notverordnungen beseitigten werde, aber auch voraussichtlich andere Änderungen enthalte. Nicht gelungen ist eine Zusammenfassung der Krisenunterstützung und der Wohlfahrtsunterstützung.

Der letzte Grund, der die Zusammenfassung beider Fürsorgezweige hindere, müsse in den bei uns so berühmten Kompetenzstreitigkeiten erblickt werden. Die Zahl der Notstandsarbeiter habe keineswegs in dem Maße zugenommen, wie das die Entwicklung des Arbeitsmarktes wünschenswert gemacht hätte. Das Arbeitsvermittlungsmopol der Reichsanstalt sei von uns immer abgelehnt worden, und jetzt seien auch Bedenken in den Reihen der bisherigen Anhänger des Gedankens in anderen Kreisen aufgetreten. Die Berufsberatung sei immer noch umstritten. Man habe derselben jedoch eine Reihe wertvoller Feststellungen über die Entlassung ausgebildeter Lehrlinge zu verdanken. Zahlreich seien die Klagen über ungenügende Ausbildung.

Über das Siedlungsweesen

erstattete Kollege Lüttringhaus vom Reichsverband deutscher Guts- und Forstbeamten ein eingehendes Referat. Der Kollege Behrens vom Reichsverband ländlicher Arbeitnehmer behandelte als Unterthema: Die Siedlung des Landarbeiters. Über ein weiteres Unterthema: Die nebenberufliche Siedlung des Industriearbeiters sprach Kollege Fromm vom christlichen Fabrik- und Transportarbeiterverband.

Aus dem Referat von Lüttringhaus ist bemerkenswert die Forderung, daß es sich bei der Ansiedlung nicht allein um Erwerbslose handeln dürfe, sondern auch eine Berücksichtigung der Kurzarbeiter erforderlich sei. Es sei unbedingt notwendig, daß der stark bürokratisch arbeitende Verwaltungsapparat, welcher aus unzähligen Instanzen besteht, vereinfacht und wenn möglich in einer einzigen Stelle zusammengefaßt werde. Der Zinsendienst für die Siedlerstellen muß tragbar sein und alle Siedlungsunternehmungen einer scharfen staatlichen Kontrolle unterstellt werden, damit keine großen Zwischenverdienste für Geschäftemacher entstehen. Vor allem aber müsse dafür gesorgt werden, daß der Aufwand für die Gebäulichkeiten in einem richtigen Verhältnis zum Wert des Bodens stehe.

Behrens wies darauf hin, daß sich in der Landwirtschaft ein Abbau der Großbetriebe und eine Wandlung in der Arbeitsverfassung vollziehe. Im diesjährigen Erntemonat August habe die Zahl der landwirtschaftlichen Erwerbslosen 106 000 betragen. Soll eine unerwünschte Abwanderung der ländlichen Arbeitnehmer in Stadt und Industrie verhindert werden, so ist die Ansiedlung ländlicher Arbeitnehmer besonders notwendig. Unerträglich wäre der Zustand, wenn die für die Siedlung zur Verfügung stehenden Mittel fast bis zur vollständigen Drosselung verknappt werden. Noch unerträglicher aber sei, wenn der preußische Finanzminister die Mittel für den Landarbeiterheimbau plötzlich abstoppe und dadurch tausende Landarbeiter, denen die Mittel zugesagt waren und die sich bereits Land und Baustoffe beschafften, oder mit dem Bau begonnen hatten, um Wohnung, Arbeit und Erspartes gebracht werden.

Fromm wies darauf hin, daß in ländlichen Industriegebieten seit vielen Jahrzehnten meist planlos nebenberuflich gesiedelt worden ist. Nebenberufliche Siedlungen könnten in der nächsten Umgebung der Groß- und Mittelstädte, in den Industriegebieten bzw. an den Randgebieten der Industriebezirke, sofern sie gute Verkehrsverbindungen zu den Arbeitsstätten hätten, geschaffen werden. Träger der nebenberuflichen Siedlung soll eine der behördlich anerkannten Siedlungsgesellschaften, die Gemeinde oder der Gemeindeverband sein. Die Bodenbeschaffung müsse durch den Träger der Siedlung unter voller Ausnutzung der im Reichsheimstättengesetz gegebenen Möglichkeiten erfolgen. Bemerkenswerte Ausführungen machte Fromm noch über die Finanzierung der Siedlung, die richtige Auswahl der Siedler und über die heute geltenden Rechtszustände. Für nebenberufliche Siedlungen in ländlichen Industriegebieten, für die nur ein oder einige ganz wenige industrielle Betriebe zur hauptberuflichen Arbeit erreichbar sind, seien gewisse Sicherungen für den Fall von Dauerstilllegungen des oder der Werke zu schaffen. Auch müßten entsprechende Sicherungen für die Siedler geschaffen werden, damit verhindert werde, daß auf dieselben ein ungebührlicher und unmoralischer Lohnpolitischer oder koalitionsfeindlicher Druck ausgeübt werden könne.

Georg Brost von der Verwaltung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes berichtete über die

Reichs- und Verwaltungsform.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund bekennt sich zu der Überzeugung, daß bei voller Würdigung der Entstehung des deutschen Gesamt-

etats und der in diesem Prozeß wirksam gewesenen geschichtlichen Faktoren als entscheidende Kraftquelle unserer Zukunft die Pflege und Stärkung des deutschen Volksbewußtseins zu gelten hat, dessen staatliche Ausdrucksform nur das Reich sein kann. Die Verstärkung der Reichsgewalt wird zur zwingenden Aufgabe. Der Deutsche Gewerkschaftsbund erachtet die Neugestaltung des Verhältnisses Preußens zum Reich als besonders vordringlich. Neben der politischen Idee jeder Reichsreform sei der Gesichtspunkt der Vereinfachung und Verbilligung der inneren Verwaltung nicht weniger bedeutsam. Angesichts der Dringlichkeit und Wichtigkeit des Fragenkomplexes richtet der Deutsche Gewerkschaftsbund an die Reichsregierung das Ersuchen, die von den verschiedensten Seiten gemachten Reformvorschläge und eine eigne Stellungnahme zu veröffentlichen, um so der öffentlichen Aussprache Richtung und Ziel zu geben.

Zum Beamtenproblem fordert Brost eine Neugestaltung der Rechtsverhältnisse. Nach allgemeiner Auffassung sei der Verwaltungsapparat, insbesondere in Ländern und Gemeinden zu groß. Entscheidend muß für die Abgrenzung des Beamtenstandes sein die Ausübung von Staatshoheitsfunktionen. Unkündbare, auf Lebenszeit angestellte und pensionsberechtigte Beamteneigenschaft dürfe nur beschränkt sein auf die Durchführung solcher öffentlich-rechtlichen Aufgaben, die ein besonders enges Verhältnis zum Staat oder bedingungslose Hingabe an die Dienstaufgabe unter stetem Einfluß des eigenen Lebens oder besonders gewährleistete Unabhängigkeit von jedem Einfluß zur Erhaltung der Rechtsicherheit und des Vertrauens zur Rechtspflege verlangen. Für die Auswahl der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst hat der Grundsatz zu gelten, daß die Auswahl neben dem selbstverständlichen Gesichtspunkt persönlicher Ehrenhaftigkeit in erster Linie von der Eignung und allgemeinen Befähigung, nicht aber von Schulzeugnissen und Schulexamina abhängig zu machen ist.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist der Ansicht, daß es notwendig ist, den Einfluß der Beamtenschaft auf die politischen Parteien und damit auf die Parlamente und die Gesetzgebung einzuschränken. Die Beamtenschaft, die Diener des States und des Allgemeinwohls sein soll und als Ausgleich dafür vom Staat eine Reihe von Sonderrechten garantiert erhält, kann nicht gleichzeitig den Staat selbst kraft ihres politischen Einflusses in den Parlamenten auf das stärkste beeinflussen. Brost forderte, daß, solange die Beamten das passive Wahlrecht besitzen, zur Vermeidung von Unzuträglichkeiten während der Dauer ihres parlamentarischen Mandats solche Beamte aus dem öffentlichen Dienst ausscheiden.

In der Aussprache zu den verschiedensten Themen wurde von Otte auf die Stellung der Arbeitgeber zur Sozialpolitik und auf die drohende Gefahr für Sozialversicherung und Tarifrecht hingewiesen. Aufgabe der Gewerkschaften sei es, den Forderungen der Unternehmer mit allem Nachdruck entgegenzutreten. Fahrenbach betonte die Bedeutung und das Verdienst der Gewerkschaften für das gesamte Volk und die deutsche Wirtschaft. Mit einem Lumpenproletariat könne die deutsche Wirtschaft nicht gehalten werden. Wieber kennzeichnete den Ernst der gegenwärtigen Situation: es gehe um die Existenz hunderttausender von deutschen Arbeitern, und für den größeren Teil sei die Grenze des überhaupt Tragbaren längst überschritten.

In Gegenwart des Reichskanzlers wandte sich der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kollege Imbusch, gegen den Unternehmerradikalismus. Einleitend bemerkte er, daß die Verbundenheit der Bewegung mit führenden Männern der Regierung in der heutigen Zeit auch eine Belastung der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung darstelle, zumal wenn Erfolge, die auch unserer Arbeit zu verdanken sind, nach außen hin als Zugeständnisse an die Sozialdemokratie erscheinen. Auf dem bisherigen Wege könne es nicht weiter gehen. Die Unternehmer sind nicht zu befriedigen, auch wenn man ihnen noch so weit entgegenkomme. Gegenüber radikalen Unternehmerforderungen gäbe es nur ein wirksames Abwehrmittel: kein Entgegenkommen. Näher ging Imbusch sodann auf die Verhältnisse im Ruhrbergbau ein und betonte, daß der Radikalismus der Zechenherren schließlich zur Verstaatlichung des Bergbaues führen könne. Die vorhandenen Staatszechen seien Beweis dafür, daß der Kohlenbergbau auch von der öffentlichen Hand betrieben werden kann. Die radikalen Unternehmer seien zu einer Gefahr für den Staat geworden, der man entgegentreten müsse. Wir wollen keinen Zusammenbruch, aber Abkehr von dem bisherigen Wege ist notwendig. Wir wollen nur Gerechtigkeit.

Rundschau.

Die Hauptvorstandssitzung des Gesamtverbandes befaßte sich am 3. Oktober mit der stark zugespitzten gegenwärtigen Lage. Es bestand Einmütigkeit darüber, daß den immer rücksichtsloser auftretenden Bestrebungen, die Folgen der Wirtschaftskrise in erster Linie auf die bereits am meisten notleidenden Schichten abzuwälzen, schärfstens begegnet werden müsse. Dabei wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Reichsregierung diesen Bestrebungen, insbesondere auch den die Rechte der Arbeitnehmer bedrohenden Forderungen, die kürzlich von den Spitzenverbänden der Arbeitgeber erhoben wurden, nicht Rechnung trägt. Diese Erwartung glaubte der Hauptvorstand um so mehr aussprechen zu müssen, als die seitherige Kürzung der Sozialleistungen und der Löhne in Verbindung mit Kurzarbeit und sonstigen Einschränkungen bereits ein Ausmaß erreicht hat, das, wenn nicht die Existenz breiterer Volksschichten auf das äußerste gefährdet werden soll, nicht mehr gesteigert werden darf. Diesen gewaltigen Kürzungen steht ein Ausgleich durch Preisenkungen auch nicht annähernd gegenüber. Es müsse deshalb eine der dringendsten nächsten Aufgaben sein, die Preise, insbesondere für die wichtigsten Bedarfsgegenstände, zu senken.

Entschiedene Ablehnung fand die von den Spitzenverbänden der Arbeitgeber verlangte individuelle Lohngestaltung und Beseitigung der Verbundlichkeitsklärung. Die tarifvertragliche Regelung der Löhne sichere das erforderliche Maß der Beweglichkeit durchaus, und ein gesetzlicher Eingriff in das Tarifvertragswesen müsse deshalb nachdrücklich bekämpft werden. Der Hauptvorstand stellte mit Bedauern fest, daß durch den ständigen Kampf weiter Kreise gegen Löhne, Sozialpolitik und Gewerkschaften sowie durch die erwähnten Forderungen der Spitzenverbände der Arbeitgeber die alte, mehr denn je notwendige Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Frage gestellt ist. Übereinstimmend wurde weiter zum Ausdruck gebracht, daß die sich immer wiederholenden Forderungen antisozialer und scharfmacherischer Kreise auch im Interesse des Gesamtwohles keine Verwirklichung finden dürften, denn die Erfüllung dieser Forderungen bedeute Rechtlosmachung der Arbeitnehmer, Steigerung der Not und größte Gefährdung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung.

Adolf Schaar, 25 Jahre hauptamtlich in der christlichen Gewerkschaftsbewegung tätig. Am 15. Oktober 1931 kann der Bundesvorsitzende des Bundes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten UG., Kollege Adolf Schaar, der am 6. Oktober ds. Js. seinen 51. Geburtstag feiert, auf eine 25jährige Tätigkeit im Dienste der Gasthausangestelltenbewegung zurückblicken. Seine gewerkschaftliche Laufbahn begann er am 15. Oktober 1906 als Schriftleiter der „Gastronomischen Zeitschrift“, für die er ab 1. November 1906 verantwortlich zeichnete. Im April 1909 wurde er auf dem Verbandstag in Dortmund zum zweiten Vorsitzenden des „Reichsverbandes der Gasthausangestellten“ gewählt. Seine Wahl zum ersten Vorsitzenden erfolgte auf dem Verbandstag 1911 in Dresden.

Schon während des Krieges setzte er sich mit seiner ganzen Person für eine Verschmelzung der nationalen Arbeitnehmerverbände im Gastgewerbe ein, mit dem Erfolg, daß die Verschmelzung zwischen dem „Bund der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten Deutschlands“ und dem „Reichsverband der Gasthausangestellten“ im Dezember 1921 beschlossen wurde. Auf der Verschmelzungsversammlung wurde der Jubilar zum zweiten Bundesvorsitzenden des Bundes der Hotel-, Restaurant-, und Café-Angestellten UG. gewählt. Seit März 1922 zeichnet er für den sozialpolitischen Teil der „Internationalen Hotel-Revue“ verantwortlich. Der Bundestag 1925 in Berlin wählte den Jubilar zum Bundesvorsitzenden. Dieses Amt bekleidet er auch heute noch.

Was der Jubilar in rastloser Tätigkeit für die Gasthausangestellten geleistet hat, läßt sich auch nicht annähernd hier aufzählen. Es kann aber, ohne zu übertreiben, festgestellt werden, daß der Name Schaar mit der Geschichte der Gasthausangestelltenbewegung unlöslich verbunden ist. Es sei daher auch an dieser Stelle dem Jubilar der herzlichste Dank ausgesprochen für all das, was er für die christlich-nationale Arbeitnehmerbewegung geleistet hat, und wir verbinden damit den innigsten Wunsch, daß er der Gesamtbewegung und der Bewegung der Gasthausangestellten noch recht lange erhalten bleiben möge.

Haben wir Überproduktion? Eine heikle Frage, auf die Wissenschaftler und Wirtschaftler mehr oder minder kluge und ausreichende, höchst selten aber stichhaltige Antworten bereit halten.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 11. bis 17. Oktober ist der 42. Wochenbeitrag fällig.

Umtausch vollgelebter Mitgliedsbücher.

Bis zum Jahre 1930 war es im Verbands üblich, daß die vollgelebten Mitgliedsbücher zum Umtausch am Jahreschluß nach Köln eingesandt wurden. Es hat sich aber in den früheren Jahren herausgestellt, daß die bisherige Praxis nicht beibehalten werden kann, weil sich dann am Jahreschluß die zum Umtausch eingesandten Mitgliedsbücher derart häufen, daß eine schnelle Erledigung unmöglich ist. Um diesen Zustand zu ändern, sollen nunmehr schon von September an die Mitgliedsbücher, die am Jahreschluß 1931 voll sind, nach Köln zum Umtausch eingesandt werden. Die Einsendung soll von den Zahlstellen der einzelnen Gaue in den nachstehend angegebenen Zeiträumen geschehen:

Gau Stuttgart: vom 1. Oktober bis 15. Oktober,
Gau Frankfurt: vom 15. Oktober bis 31. Oktober,
Gau Düsseldorf: vom 1. November bis 15. November,
Gau Bochum: vom 15. November bis 30. November,
Gau Hannover und Bremen: vom 1. Dezember bis 15. Dezember,
Gau Berlin und Sachsen: vom 15. Dezember bis 31. Dezember,
Gau Danzig und Breslau: vom 1. Januar 1932 bis 15. Januar 1932.

Für die Gaue München und Nürnberg waren die Endfristen auf den 15. bzw. 30. September festgesetzt.

Zahlstellenverwaltungen und Mitglieder werden dringend gebeten, dafür zu sorgen, daß die festgesetzten Termine eingehalten werden.

Taschenbuch 1932.

Demnächst erscheint unser Taschenbuch für 1932, und zwar wiederum für unsere Mitglieder zum Preise von 0,50 RM. Sammelbestellungen durch unsere Zahlstellen können schon jetzt bei der Zentrale erfolgen.

Verlorene Bücher.

Nr. 281 623, Mathias Waidmann; Nr. 262 760, Leonhard Reinhold; Nr. A 14 126, Richard Kauf; Nr. 298 395, Franz Karl Krieg; Nr. 236 697, Alfons Huber; Nr. 85 587, Karl Kahler; Nr. 68 495, Bernhard Schramm.

Diese Bücher sind für ungültig erklärt.

Lohn- und Tarifbewegung.

Kamm- und Zelluloidwarenindustrie. Für die Kamm- und Zelluloidwarenindustrie, Tarifgruppe Südwestdeutschland (Provinz Hessen-Nassau, Freistaat Hessen und Baden) ist, nach vorausgehender Kündigung von seiten des Arbeitgeberverbandes, ein neuer Bezirkslohntarif vereinbart worden. Der Tarifliche Stundenlohn des über 24 Jahre alten Facharbeiters und des Verheirateten unter 24 Jahre ist in den drei Ortsklassen auf 86, 81, 77 Rpf festgesetzt. Die Lohnsätze der übrigen Altersstufen und Berufsgruppen errechnen sich nach dem bestehenden Schlüssel. Die Lohnsenkung beträgt an der Spitze 5 Rpf, gefordert war ein Abbau von 20%. Der neue Lohntarif kann mit 4 Wochen Frist erstmals zum 31. März 1932 gekündigt werden.

Soeben ist im Paul-Eist-Verlag in Leipzig ein Buch: „Wirtschaftswende“ von Robert Friedlaender-Prechtl erschienen (283 S., Preis brosch. 4,25 RM), in welchem sich dieser stets interessante Verfasser zur Frage der Überproduktion in einer Weise äußert, die für unsere Leser nicht gleichgültig sein dürfte. Prechtl sagt: „Solange nicht sämtliche Bedürfnisse sämtlicher Menschen — wir wollen bescheiden sein und nicht sagen der Erde, sondern nur der hochzivilisierten Völker! — gedeckt sind, und das wird nie sein: kann es keine allgemeine Überproduktion geben, sondern nur falsch geleitete Produktion! Es gibt keine Überproduktion — es gibt nur menschliche Dummheit und wirtschaftliche Unfähigkeit! Solange in Argentinien Weizen verbrannt wird und in Europa Menschen Hungers sterben, solange in Brasilien Kaffee in den Valorisierungskellern verkauft und in Irland und Sachsen die Massen Gerstenbrühe trinken, solange Hochöfen gebämpft werden, Drehbänke still stehen, Ziegelgruben er-

Jugendbewegung — Verbandsjugend.

Dennoch!

Tag für Tag lesen wir in unsern Zeitungen Nachrichten über den jeweils erreichten Grad der Wirtschaftskrise. In den einzelnen Arbeitsämtern stehen Menschen, die oft sehr lange vergeblich sich um Arbeit bemühten. Jeder von uns weiß um die Schwierigkeiten in seinem eigenen Berufe. Es ist noch nicht lange her, da hörte ich ein Gespräch, das zwei Menschen miteinander führten. Ein älterer und ein jüngerer. Und der ältere Mensch redete lange und eindringlich über die gute alte Zeit und erklärte, es werde doch nie mehr besser werden. Alles Streben und Mühen sei angesichts der gesamten Lage doch vergeblich. Nichts, aber auch gar nichts werde besser werden. In einem ähnlichen Sinne werden sich andere Menschen schon gleichfalls geäußert haben. Wie falsch ist ein derartiges Vorgehen! Sehen denn diejenigen, die so sprechen, nicht, welches Unheil sie anrichten? Der junge Mensch ist an und für sich leicht von äußeren Einflüssen bestimmt. Er sieht manches im Extrem. So auch die Not, unter der er leidet. Gerade der ältere Mensch hätte die Aufgabe, dem jüngeren zu sagen, daß es auch schon früher schlechte Zeiten gegeben hat, und daß wir nur unter Ausbietung aller Kräfte einer schöneren Zukunft entgegengehen können. Wir müssen zu den heutigen Notzeiten ein trotziges „dennoch“ sagen, müssen die festeste Zuversicht haben, daß es unsern gemeinsamen Anstrengungen gelingen wird, sie zu überwinden. Und dazu bedarf es in besonderem Maße der jungen, unverbrauchten Kräfte der Jugend. Noch immer hat es sich gezeigt, daß nur derjenige, der an seine eigene Kraft glaubte, eine Lage meistern konnte.

Es gibt viele Menschen, die schimpfen zuerst über alles, was erreicht wurde, und trauern über das, was nicht erreicht werden konnte. Mit nichts sind sie einverstanden. Wenn sie es gemacht hätten, dann wäre schon alles viel besser geworden, — so sagen sie. Sie folgen lieber denen, die versprechen, als denjenigen, die an der Bewältigung der Not tatkräftig mitarbeiten. Schöne Forderungen, die wir alle aus vollstem Herzen bejahen können, aufzustellen, ist nicht schwer. Aber wenn's ans Vollbringen geht, dann muß sich der Mann zeigen. Und seltsam! Kommen Leute einer derartigen Haltung einmal in eine Lage, in der es heißt, selbst mit Hand anzulegen, dann verlagen sie, geben schnell alles verloren und suchen zu beweisen, daß doch nichts mehr zu machen sei. In diesem Sinne wirken sie dann auf junge Menschen ein. Gerade der ältere Arbeiter, der die Kämpfe seiner eigenen Bewegung kennt, hat die gebieterische Pflicht dem jüngeren Kameraden zu sagen, welche Schwierigkeiten es auch früher gab und wie nur ein zähes und beharrliches Kämpfen in der Kleinarbeit des Tages die Erfolge brachte. Ich weiß es aus eigenem Erlebnis, wie solche lebenswahren Schilderungen auf Menschen einwirken, die unter der Wirtschaftskrise zu leiden haben. Das bedeutet für sie ein Ansporn zu tatkräftiger Selbsthilfe, stärkt ihren Glauben daran, daß jedem Winter ein Frühling folgen muß. Dieser Glaube an die eigene Kraft, die die schweren Zeitnöte im Zusammenwirken mit andern überwinden kann, ist für das junge Deutschland notwendiger denn je. Bedenken wir eins! Das Klagen ist immer leichter als tatkräftiges Zutun, sei es nun im Rahmen gewerkschaftlicher Selbsthilfe oder sonstwie. Wir dürfen den Mut, so verständlich es auch hier und da oft sein könnte, nicht aufgeben, denn erst dann ist alles verloren.

Dieses Wörtchen „dennoch“ hat überall, wo es nicht Ausdruck kindlichen Eigenfinns ist, eine inhaltsschwere Bedeutung. Es ist das Kennzeichen dafür, ob einer sich von dem Strome treiben läßt oder selbständig sein Schiffslein lenkt. Wie oft treten Anfeindungen von den verschiedensten Seiten nicht störend in unser Lebensbereich! Haben wir immer die Kraft zu widerstehen? Oder die vielen Schwierigkeiten im Erwerbsleben, im Zusammensein mit andern Menschen. Dann die Launen, die uns selbst zu überwältigen versuchen, uns vielleicht zu einem überlegten Schritt verleiten. Gerade soweit in den Jugendgruppen Erziehungsarbeit geleistet wird, ist darauf zu achten, daß das Wollen des jungen Menschen gestärkt wird. Sonst kommt er leicht in die Gefahr, ein willenloses Spielzeug in den Händen anderer zu werden. Und gerade die Zukunft verlangt auf allen Gebieten des Lebens immer mehr selbständige Menschen. Da gibt es vielfach ältere Menschen, die, auf ihre Lebenserfahrung pochend, dem Jugendlichen raten, sich der herrschenden Strömung anzuschließen. Das ist ein falscher Weg, der

keinesfalls vorwärts führt. Nur derjenige Mensch, der unserer Zeit, der allen Anfeindungen entgegenruft: „Dennoch wir werden es schaffen, denn wir glauben an uns“, kann mitgestalten an unserer Wirtschaft wie an unserm Volksleben überhaupt. bgr.

Wirtschaftskrise und Arbeiterjugend.

Die Wirtschaftskrise hat die verschiedensten Organisationen und Bewegungen veranlaßt, ihre Not und Bedrängnis der Öffentlichkeit und der Staatsführung kundzutun. Zweifellos leiden unter den Verhältnissen, wie wir sie jetzt haben, alle Schichten unseres Volkes. Aber es gibt Menschen und Schichten, die ihren so oft gepriesenen Nationalstolz über Bord werfen und Nation und Volk einfach abschüttele, wenn auch sie zur Beseitigung der Not mit beitragen sollen.

Von der Wirtschaftskrise ist zweifellos die gesamte deutsche Jugend schwer betroffen. Es ist Tatsache, daß die deutsche Arbeiterjugend am schwersten unter den Zeitverhältnissen leidet. Neben der materiellen Not wächst stetig die geistige. Die junge überprüdelnde Kraft nicht einsehen, die Glieder nicht mehr recken zu können, ausgeschieden aus dem Wirtschaftsprozeß, nicht mehr mitmachen können für die Familie ist bitter. Der Allgemeinheit zur Last fallen, nur als Nehmer und Bittender angesehen, mißachtet und geringgeschätzt zu werden, ist hart und unerträglich, härter, als mit schwerer körperlicher Krankheit befallen zu sein. Die weitverbreitete Ansicht, daß der heutigen Jugend der rechte Wille zur Arbeit mangle, verkennt durchaus ihre seelische Haltung. Man sieht oder will nicht sehen den Abgrund, der dieser Jugend entgegenharrt, die schwarze Zukunft, die alle Energie lähmende Arbeitslosigkeit. Diese Arbeiterjugend, die aufwächst in Not, Elend, Müßiggang und Verdruß, ohne Ausichten auf Existenz, ohne feste Zukunft, deren Lebensinhalt und -aufgabe verblaßt, praktisch keine Reize mehr zum Streben hat, kann ja nicht mehr lebensfroh sein, weil die Zukunftsaussichten dieser Jugend statt heller noch immer dunkler werden.

Die vielumtrittene Notverordnung vom 5. Juni hat den unheilvollen Zuständen die Krone aufgesetzt. Es soll nicht erörtert werden, inwieweit das alles richtig und staatspolitisch notwendig war, aber die Tatsache steht fest, und das hat selbst Stegerwald zugegeben, das alles dies, unerträglich und die Arbeiterschaft davon am schlimmsten betroffen ist. Die Maßnahmen der Notverordnung bezgl. der Jugend, der Arbeiterjugend sind hart und unsozial. Staatspolitisch mögen solche Maßnahmen begründet werden können, aber die Wirkungen sind weder erfreulich noch überraschend. Das Vertrauen zum Staat geht verloren, die Flucht in den Radikalismus ist die Folge. Mühsame Aufbauarbeit geht in Trümmer, die so leicht nicht wieder zusammenge kittet werden kann.

Man sollte nicht achtlos an den Dingen vorübergehen. Ist es nicht eine nationale und sittliche Pflicht, tatkräftig dem Schicksal Einhalt zu gebieten? Dieser hartgeprüften deutschen Arbeiterjugend muß unbedingt der Weg in die Zukunft frei gemacht werden. Wir haben als Menschen, als Mitbrüder die Pflicht, uns gegenseitig zu stärken und zu stützen und immer wieder neue Lebenskraft zu wecken. Gelingt es nicht, Zukunftsglauben und Vertrauen der Arbeiterjugend zu Staat und Gesellschaft zu begründen, so dürfte die jetzige außerordentliche Krise nicht die letzte sein. Die weit über den Kreis der katholischen Arbeiterschaft bekannte bedeutungsvolle Enzyklika „*Rerum novarum*“ des Arbeiterpapstes Leo XIII. gibt Richtlinien für eine geordnete Wirtschaftsführung und Gesellschaftsordnung. Der Staat muß sein eine pulsierende und lebendige Gemeinschaft. Dr. August Pieper, der soziale Dorkämpfer der Arbeiterschaft, schreibt in seinem Buche „Der Staatsgedanke der deutschen Nation“ folgendes: „Der Staatsgedanke hat seine hohe Ehre und Würde. Der Volksstaat ist eine Angelegenheit des Gewissens, nicht des nutzberrechnenden Wissens und Könnens.“

Unsere Zeit dürfte, ja muß sich solche Ideen und Auffassungen wieder zu eigen machen, soll die deutsche Nation innerlich wieder gefestigt werden. Und das ist die Grundbedingung für jegliches Gedeihen einer guten Wirtschaftsordnung.

Haben wir Deutschen das Einsehen, daß wir auf dieser Linie wieder gefunden können, dann wird der Zeiger der Wirtschaftsuhr auch wieder einmal bessere Zeiten anzeigen müssen, dann wird auch die deutsche Arbeiterjugend wieder einmal einer besseren Zukunft entgegengehen. Hoffen wir, daß uns, der Arbeiterjugend, der Stern einer besseren Zukunft bald wieder leuchten möge.

P. T., Diersen.

(Fortsetzung von Seite 333)

laufen und demgegenüber Bürger von Europa und Amerika in ungehobenen Wohnkassernen zusammengepfercht leben müssen, solange die Farmer Süd-Karolinas nicht wissen, wohin mit dem Baumwollsegen und anderswo Leute einen Tag zu Hause bleiben müssen, wenn ihr einziges Hemd gewaschen wird: solange muß die zweibeinige Tiergattung Homo darauf verzichten, sich in den Naturgeschichtsbüchern „sapiens“ titulieren zu lassen!“

„Ein Einzelunternehmen, ein Industriezweig kann mit seiner Produktion an die Bedarfsgrenze kommen. Aber für die Volkswirtschaft als Ganzes gesehen gibt es kein Verfliegen des Bedarfs. Die Bedürfnisse der Menschen sind wie eine Hydra: aus jedem abgeschlagenen Haupt wachsen zehn neue. An die Stelle jedes gedeckten Bedarfs treten neue Bedürfnisse.“

Ist der Bedarf einer Volkswirtschaft an Eisenbahnen gedeckt, so entsteht der Bedarf nach Automobilen und Flugzeugen. Ist der grobe Hunger gestillt, so entsteht das Bedürfnis nach besserer Ernährung. An die Stelle des Kienspans tritt die Kerze, an deren Stelle die Petroleumslampe, an deren Stelle das elektrische Licht. Und sind die materiellen Bedürfnisse im wesentlichen gedeckt, so nehmen die geistigen und die Luxusbedürfnisse stets breiteren Raum ein: nach Bildung und Unterhaltung, Büchern und Kunstwerken. Stets wächst und verzweigt sich der Baum der Bedürfnisse: vorerst ist kein Ende seines Wachstums abzusehen.“

Handlungsunkosten und Löhne. Seit Jahren wurde der Öffentlichkeit eingehämmert, daß die Lohnhöhe entscheidend sei für den Preis des Produktes. Nicht eher werde die Wirtschaftskrise ein Ende finden, als bis der Lohn zum mindesten auf den Stand von 1924 gesenkt worden sei. Daß aber der Preis des Produktes von anderen Faktoren viel entscheidender beeinflusst wird als vom Lohn, davon redete man nicht und wollte auch nichts davon wissen. In welchem Maße aber z. B. die Handlungsunkosten ein Produkt belasten, dafür zwei Beispiele.

Vor uns liegen zwei Kalkulationen aus einer bedeutenden mittel-deutschen Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, und zwar eine Kalkulation über einen Motordrescher und über eine Schrotmühle (300-mm-Stein).

Der Motordrescher kostet:

Material	511,70 RM
Lohn	213,— „
+ 81% Betriebsunkosten	172,53 „
<hr/>	
Herstellpreis	897,23 RM
+ 30% Handlungsunkosten	269,17 „
<hr/>	
Selbstkostenpreis	1166,40 RM
+ 17% Aufschlag für Abschreibungen, Geschäftsverluste, Umsatzsteuer und 10% Gewinn	200,88 „
Verpacken, Verladen, Anfuhr, anteilige Montagekosten	44,— „
<hr/>	
Nettoverkaufspreis	1411,28 RM
+ 48% Aufschlag, um dem Generalvertreter	
32% Rabatt zur Verfügung stellen zu können	677,41 „
<hr/>	
Bruttoverkaufspreis	2088,69 RM

Der Lohnanteil am Bruttoverkaufspreis beträgt 10,2%. Generalvertreterunkosten am Bruttoverkaufspreis betragen 32,4%.

Die Schrotmühle (300-mm-Stein) kostet:

Material	47,55 RM
Lohn	15,94 „
+ 81% Betriebsunkosten	12,91 „
<hr/>	
Herstellpreis	76,40 RM
+ 30% Handlungsunkosten	22,90 „
<hr/>	
Selbstkostenpreis	99,30 RM
+ 17% Aufschlag für Abschreibungen, Geschäftsverluste, Umsatzsteuer und 10% Gewinn	17,40 „
<hr/>	
Nettoverkaufspreis	116,70 RM
+ 48% Aufschlag, um dem Generalvertreter	
32% Rabatt zur Verfügung stellen zu können	52,75 „
<hr/>	
Bruttoverkaufspreis	169,45 RM

Der Lohnanteil am Bruttoverkaufspreis beträgt 9,4%. Generalvertreterunkosten am Bruttoverkaufspreis betragen 31,3%.

Bei beiden Produkten bestimmen die Handlungsunkosten und nicht zuletzt der Aufschlag für den Generalvertreter wesentlich den Preis. Um diese Auslagen auf der alten Höhe lassen zu können, mußte der Lohnanteil in den Augen der Öffentlichkeit so in den Vordergrund geschoben werden, daß eine Besserung der Wirtschaftslage nur durch eine Senkung der Löhne zu erreichen möglich erschien.

(„Der deutsche Metallarbeiter.“)

Berichte aus den Zahlstellen.

Tagung des Landesauschusses der christlichen Gewerkschaften Westdeutschlands. Die außerordentlichen Geschehnisse der Zeit sind untrügeliche Zeichen dafür, daß sich das Ganze unseres volklichen Lebens in Wandlung befindet. Wirtschaftlich, staatlich und gesellschaftlich sind frühere Gewohnheiten und Ordnungen brüchig geworden und überholt, drängt Neues zum Werden. Den positiven Kräften im Volke ist damit die Aufgabe gestellt, in planvollem und entschlossenem Handeln die notwendigen Neuordnungen herbeizuführen. Diese Aufgabe ist um so dringlicher, als die wachsende Volksnot auf der einen und der sich noch immer verstärkende Radikalismus auf der anderen Seite andeuten, daß Gefahr im Verzuge ist.

Darum hatte die Landesleitung der christlichen Gewerkschaften neben sonstigen führenden Kräften der Bewegung die Bezirksleiter aller Verbände und die Vorsitzenden der Bezirkskartelle der christlichen Gewerkschaften aus Rheinland und Westfalen für den 29. September zu einer außerordentlichen Tagung nach Essen eingeladen. Das einleitende Referat hielt Professor Dr. Theodor Brauer. Er führte u. a. aus:

Die Wirtschaft ist im wesentlichen nicht mehr Konkurrenzwirtschaft, sondern Konventionalwirtschaft, beruht also auf Abmachungen, die mehr und mehr alle Gebiete der Wirtschaft erfassen. Diese Entwicklung tritt jetzt in vollem Umfange in die Erscheinung, weil sie nicht mehr verhüllt wird durch das Auftreten und das Wirken großer Unternehmerpersönlichkeiten. Die Generaldirektoren regieren. Sie bringen die Bürokratie in der Wirtschaft zum Siege. Die Kapitalverwertung, zum Selbstzweck geworden, wird gleichsam als Inzucht betrieben, indem die Unternehmung sich „schachtelt“ und Gewinnmöglichkeiten mindestens buchmäßig stabilisiert werden. Diese Tendenz geht einher mit der anderen in Vertikalstruktur, durch Bindungen von den niederen Produktionsstufen zu den höheren und zum Handel hin die Rente zu sichern. Die Konzentration mit ihrer Ablösung des Wettbewerbsmotivs wird in ihrer Wirkung zur Anonymität nachdrücklich verstärkt durch die fast restlose Ausschaltung des persönlichen Moments im Arbeitsprozeß. Die ganze Wirtschaft zeigt eine unerträgliche Starre, die nach Art eines Schicksals auf den Menschen lastet. Die Frage, ob die Gewerkschaften als solche durch Lohndruck für diese Entwicklung mit verantwortlich seien, kann mit gutem Gewissen verneint werden, denn das richtige und wirtschaftsfördernde Zusammenwirken der drei Produktionsfaktoren (Natur, menschliche Arbeit und Kapital) ist die wesentliche Funktion des Unternehmers. Die Tatsache, daß die Gewerkschaften in der Richtung des technischen Fortschritts gedrängt haben, liegt auf ganz anderer Linie: ihnen ist wesenseigentümlich, daß sie den Fortschritt in Richtung der Kaufkraftstärkung und daher möglichst reicheren Menschenbeschäftigung sehen und suchen. Die Kostenminderung durch Herbeiführung des möglichst „idealen“ Verhältnisses von Zahl der Beschäftigten, Arbeitsrhythmus und Arbeitsergebnis ist in der jüngsten Rationalisierungsperiode jedoch völlig vernachlässigt worden. Not tut heute vor allem größte Beweglichkeit in jeder Beziehung, rücksichtsloser Durchbruch durch die Preisstarre, Pflege des unternehmerischen Menschen in allen Schichten, Abbau der Bürokratie wo immer sie anzutreffen ist, Niederzwingung des „grundsätzlichen“ Mißtrauens, Zusammenarbeit der Führer der Leitenden und ausführenden Arbeit auf dem Boden des „gesunden Menschenverstandes“ und hier sowie im gesamten nationalen und internationalen Leben Schaffung einer breitesten Vertrauensbasis. Die Gewerkschaften können und müssen daran in verantwortlicher Hingabe an die Aufgabe der Stunde mitwirken. Nicht der Kampf um Wirtschaftssysteme, der sich ja doch zumeist in Schlagworten erschöpft, ist für die Gewerkschaften hier das wichtigste. Dringlicher ist höchste Ergiebigkeit der Wirtschaft für die allgemeine Wohlfahrt, deren Sachwalter die Gewerkschaften mit sind, zu erzielen.

Auf staatlichem Gebiete muß der Kampf der Staatsvergütung gelten, die eine doppelgesichtige ist, indem sie auf der Seite der Regierenden aus einer völlig verweltlichten Staatsräson, auf der Seite der Regierten aber aus deren stetem Hinstarren auf den Staat als die auf allen Gebieten und in allen Hinsichten allmächtige Instanz erwächst. Stark ist der Staat, der sich, unbehindert von Interessengegenständen und unbehindert von doch meist zu Korruption führenden „Subventionen“, seinen eigentlichen Hoheitsaufgaben widmen und, über den Parteien stehend, kraftvoll entscheiden kann. Das gilt auch für die Neuregelung der notleidenden Sozialpolitik; es gilt ebenfalls für die Beurteilung des staatlichen Schieds- und Einigungs-wesens. So berechtigt und notwendig dieses in schwierigen Übergangszeiten wie heute ist, Gewerkschaftsprinzip kann immer nur selbstbewußte Selbsthilfe sein. Was dann die Sozial-

politik anbelangt, so setzt wirkliche Sozialpolitik, solche also, die dem Aufbau der Gesellschaft dienen soll, Sozialreform voraus.

Und damit gesellschaftlich: Der moderne Staat hat die gesellschaftlichen Lebenskreise außer ihm zurückgedrängt. Deren Gesundung und Kräftigung ist eine der Lebensaufgaben des Volkes. Der Staat selber hat dazu mitzuhelfen, indem er den Aufbau einer gesunden Selbstverwaltung der Stände erleichtert hilft. Wirkliche gesellschaftliche Ordnung ist nur unter einer Voraussetzung möglich, daß nämlich an die Stelle der gesellschaftlichen Wertschätzung allein nach Besitz, wie sie heute fast unumschränkt herrscht, die soziale Wertschätzung nach der Leistung erfolgt. Sonst müßte die Arbeitererschaft für alle Zeiten auf Gesellschaftsfähigkeit verzichten. Leistung aber kommt nicht als isolierte Einzelleistung zustande, sondern im Zusammenhang mit vielen anderen als Gesamtleistung. Hier ergibt sich die natürliche Verbindung der Menschen untereinander zur Berufsgemeinschaft. Von hier aus hat der Aufbau zum Berufsstand zu erfolgen, der einzigen ständischen Möglichkeit in Zeiten der Demokratie, weil diese keine Vorrechte duldet. Mit als erstes ist erforderlich der Übergang vom Tarifvertrag zur Tarifgemeinschaft. Der Gewerkschaft erwachsen gerade in diesem Zusammenhang Aufgaben von größter Tragweite: sie hat die Bildung der Arbeitererschaft zur Schicht und ihre Hinführung zu gleichwertiger Anerkennung in einer auf dem Leistungsprinzip aufzubauenden Gesellschaft vorzubereiten. Sie ist ja nicht bloß wirtschaftliche Interessenvertretung, sondern gleichzeitig soziale Bewegung. Indem sie aus der Masse kraftvolle Führerpersönlichkeiten herausbildet, ist sie bedeutsamste Dorkämpferin der neuen Gesellschaft.

In umfassender Aussprache wurden die Darlegungen Brauers erweitert und vertieft. Die Gesamttätigkeit der christlichen Gewerkschaften wird fortan verstärkt, die Umformung unseres wirtschaftlichen, staatlichen und gesellschaftlichen Lebens zum Ziele haben, wie sie sich als Notwendigkeit — erkennbar für alle Gutgesinnten im Volke — längst ergeben hat.

Der weitere Inhalt der Tagung in Essen galt Überlegungen, die sich aus der Notlage der Arbeitererschaft für die Tagesaufgabe der Gewerkschaften ergeben. Die Not der Arbeitererschaft ist vor allem in Westdeutschland längst eine allgemeine geworden. Durch stärkste Kürzungen der Tarif- und Akkordlöhne und durch die fast allgemeine Kurzarbeit ist die wirtschaftliche Lage auch der noch in Arbeit stehenden aufs äußerste erschwert. Jedem weiteren Lohnabbau, jedem weiteren einseitigen Druck auf die Lebenslage der Arbeitererschaft setzen die christlichen Gewerkschaften aus sozialen, volkswirtschaftlichen und staatspolitischen Gründen äußerste Widerstand entgegen. Die Reichsregierung ist dabei auch von den christlichen Gewerkschaften gemahnt von weiteren einseitigen Belastungen der Arbeitererschaft abzusehen. Unterstützung kann nur einer Staatspolitik zu teil werden, die mit weitem Blick auch die sozialen Rechte des Volkes zu achten und wahren weiß.

Die Treue, mit der die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften einschließlich der Arbeitslosen zur Bewegung stehen, ist die beste Bürgschaft für das weitere fruchtbare Wirken unserer Organisationen.

16. Verbandstag der katholischen Arbeiterbewegung Westdeutschlands. Der Verband katholischer Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands hatte zu seinem 16. Verbandstag die Stadt Mülheim a. d. Ruhr auserwählt. Die Tagung begegnete einem großen Interesse in der weitesten Öffentlichkeit. Das beweist am besten die Teilnahme überaus zahlreicher Vertreter kirchlicher, staatlicher und kommunaler Behörden, wie auch aller großen christlichen Volksorganisationen. Außerdem lagen zahlreiche, herzlich gehaltene Grüße bedeutender Persönlichkeiten, u. a. des Reichskanzlers, vor.

Der Abgeordnete Joos präsiidierte. Abgeordneter Letterhaus referierte über: „Aus der Arbeit der Bewegung“, Diözesanpräses Gickler über: „Das religiöse Programm der katholischen Arbeitervereine und seine Verwirklichung.“

In Anbetracht der Schwere der Zeit, zugleich aber auch, um ein

Beispiel einer arbeitertümlichen Gestaltung von Festen und Feiern zu geben, hatte die Verbands- und örtliche Leitung der katholischen Arbeiterbewegung von den sonst bei großen Tagungen üblichen Begrüßungsabenden abgesehen. Sie bot dafür eine Feierstunde eigener Art. Die Rede des Herrn Verbandspräsidenten Dr. Müller über: „Die Not der Gegenwart und die Glaubenskräfte des katholischen Arbeitervolkes“, wurde überaus wirkungsvoll umrahmt von Sprechchören und Liedern der katholischen Werkjugend Oberhausen-Mülheim. Der Abend hinterließ bei den fast 2000 Teilnehmern starke und nachhaltige Eindrücke.

Im weiteren Verlauf der Tagung sprach der Generalsekretär des Reichsverbandes H. J. Schmitt-Berlin, über: „Die internationale Bewegung der Gottlosen und die katholische Arbeitererschaft“, und zuletzt Verbandsjugendsekretär Göbel über: „Die Nothilfe der katholischen Arbeitervereine im kommenden Winter.“

An der folgenden Aussprache beteiligten sich Delegierte aus verschiedenen Verbandsgebieten. Zum Ausdruck kamen vor allem die im kommenden Winter zu ergreifenden Nothilfemaßnahmen. Gerade die Aussprache zeigte, daß die katholischen Arbeitervereine in Stadt und Land zu ihrem Teile helfen werden, die Not und das Leid ihrer Arbeitsbrüder zu mildern.

Nach Verlesung eines Schreibens des Herrn Reichsarbeitsministers Stegerwald, das die segensreiche Tätigkeit der Arbeitervereine anerkennt und sie für die Zukunft antwortet, schloß Präsident Joos mit einigen knappen Worten den Verbandstag.

Literarisches.

An unsere Vertrauensleute!

Werte Kollegen! Wenn schon der allgemeine Buchhandel im Interesse der Verbilligung des Buches eine teure Reklame nicht trägt, dann trifft dies ganz besonders auf unseren Verlag zu. Unsere Preise und sonstigen Bedingungen sind im Interesse unserer Mitglieder so außerordentlich günstig, daß wir auf die Mitarbeit und Unterstützung aller Kollegen, besonders der Vertrauensleute, die mit unseren Mitgliedern direkt in Verbindung stehen, angewiesen sind.

Deshalb richten wir an dieser Stelle an alle die herzlichste Bitte, sich auch in den Dienst der Verbreitung der von uns empfohlenen Literatur zu stellen. Wenn an jedem Ort sich auch nur ein Kollege verpflichtet, durch mündliche Werbung oder Verteilung von Prospekten oder gar durch Verkauf in Versammlungen unsere Bestrebungen zu unterstützen, dann wird der Gesamtbewegung und damit der Volksbildung ein außerordentlich wertvoller Dienst geleistet.

Alles Nähere über die Durchführung dieser Tätigkeit wird durch uns den betreffenden Kollegen mitgeteilt. Wer meldet sich hierfür? Wir würden uns sehr freuen, schon für die nächsten Monate recht viele neue Mitarbeiter zu gewinnen. Mit kollegialen Grüßen:

Christlicher Gewerkschaftsverlag.

Das Jahrbuch des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften mit dem Bericht über das Jahr 1930 ist soeben erschienen. Da es sich nicht lediglich auf eine Wiedergabe der Vorgänge und der gewerkschaftlichen Tätigkeit und Entwicklung beschränkt, sondern mit der Berichterstattung zugleich eine Stellungnahme verbindet, ist unser Jahrbuch für alle mit dem Gewerkschaftswesen sich befassenden Persönlichkeiten ein notwendiges Orientierungsmittel. Umfang 261 Seiten. Preis 4,75 RM. Für unsere Mitglieder 3,75 RM. Zu beziehen durch den Christlichen Gewerkschafts-Verlag, Berlin-Wilmersdorf, Postcheckkonto: Berlin 422 29.

Anzeigenpreis für die vierteljährliche 30-Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengeduld und -angebot sowie Anzeigen der Baufstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Verlag befinden sich Köln, Demloer Wall 9. Telefonruf West 5 15 46. — Redaktionsschluss ist Samstag-Mittag.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von M. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Gesetzbundagen nur Postcheckkonto 7718 Köln.

Lest unsere Tageszeitung

„Der Deutsche“

Das Fachblatt für strebsame Tischler
Handwerkunst im Holzgewerbe
Vierteljährlich 2 Mark

Sprechmaschinen-Laufwerke

zum Selbsteinbau, la. Doppelschneckenfederwerk nur 11,50 Mk.
2 Seiten einer 30-cm-Platte spielend, mit allem Zubehör, noch

Tonarme, Trichter, Schalldosen und Teller in großer Auswahl sowie

Regulateur-, Tisch- und Hausuhrwerke

zum Selbsteinbau, nach Katalog, der gratis und franko versandt wird von

Robert Husberg, Neuenrade (Westfalen) Nr. 9